



Prominente SVP-Politiker machen sich für UBS-Abkommen stark

Das kategorische Nein der Parteispitze zum Amtshilfe-Vertrag mit den USA kommt nicht bei allen Parteimitgliedern gut an.

Heidi Gmür

Alle Augen sind derzeit auf die SP gerichtet. Wird sie im Juni dem Amtshilfeabkommen mit den USA doch noch zustimmen, selbst wenn nicht alle ihrer Forderungen erfüllt sind? Derweil scheint die Gemütslage der SVP niemanden zu interessieren, nachdem die Parteispitze klargemacht hat, dass sie den Staatsvertrag kategorisch ablehnen wird. Nur: Die Meinung der Parteispitze stimmt nicht mit der Meinung aller SVP-Parlamentarier überein.

Zwar seien noch gewisse juristische Fragen wie etwa jene der Rückwirkung und des Referendums zu klären, aber «ich persönlich bin der Meinung, man sollte den Vertrag genehmigen», sagt SVP-Ständerat Hermann Bürgi. Sicherlich könne man sich fragen, ob das Vorgehen des Bundesrates intelligent war – «wenn aber nicht schwerwiegende Fragen rechtlicher Natur dagegensprechen, sollte man dieses Problem jetzt endlich einmal lösen». Ähnlich äussert sich sein Ratskollege Maximilian Reimann: «Ich gehöre nicht zu jenen, die einfach von vornherein Nein sagen – und ich bin auch nicht der Ein-

zige in der Fraktion.» Letztlich sei der Entscheid «eine Gratwanderung», bei der es abzuwägen gelte zwischen wirtschaftspolitischen Interessen und gewissen rechtlichen Bedenken. Reimann: «Im Moment neige ich zu einem knappen Ja, auch wenn das noch nicht in Stein gemeisselt ist.» Für eine Zustimmung spreche, dass die UBS zur Ruhe kommen könnte, sagt er; dies nicht zuletzt im Interesse ihrer Kleinaktionäre und der institutionellen Anleger wie Pensionskassen und AHV.

Auch im Nationalrat, wo es das Abkommen aufgrund der klaren Mehrheit von SVP, SP und Grünen schwerer haben wird als im Ständerat, äussern sich SVP-Politiker zurückhaltender als ihre Chefs. «Ich sage nicht kategorisch Nein zu diesem Abkommen», betont SVP-Nationalrat Felix Müri. Zumal eine Ablehnung durchaus gewisse Risiken bringe, die es nächste Woche in der Fraktion noch abzuwägen gelte. Letztlich stelle sich die Frage, welches das kleinere Übel ist. Dem pflichtet Müris Ratskollege Thomas Hurter bei: «Ich sehe einerseits die Problematik einer Ablehnung, andererseits wäre ein Ja ein weiteres Zeichen für die Schwäche der Schweiz.» «Hin und her gerissen» ist auch SVP-Nationalrat Max Binder. Zwar überwiege derzeit «die ablehnende Haltung, aber nicht zu 100 Prozent». Er erwarte, dass die offenen Fragen in der Fraktion noch beantwortet werden.

Steuerverwaltung ist auf Kurs

Die Schweiz hat sich im Abkommen mit den USA verpflichtet, bis Ende August in 4450 Fällen Amtshilfe wegen Steuerbetrag oder schwerer Steuerhinterziehung zu prüfen. Die Eidgenössische Steuerverwaltung hält nun fest, «dass sie mit der fristgerechten Abarbeitung der Fälle auf Kurs ist». Konkret ist das Verfahren bei der Steuerverwaltung «in über 800

Fällen abgeschlossen, und in über 1700 weiteren Fällen wurde bereits eine Schlussverfügung erlassen oder ist diese versandbereit». Von den verbleibenden 2000 Fällen seien «praktisch alle in Arbeit». Liefern wird die Schweiz die von den USA verlangten Daten aber nur, wenn das Parlament das Abkommen in der Juni-Session genehmigt. (gmü.)